

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 348

23. Nov. 2005

12. Jahrgang

## Aids – eine ignorierte Epidemie

Vor einem Jahr, am 1. Dezember 2004 kündigte der guatemaltekische Präsident Oscar Berger die Politik seiner Regierung zur Bekämpfung sexuell übertragbarer Krankheiten, speziell von HIV/Aids an. Heute, ein Jahr später, wartet man immer noch auf die Officialisierung dieser Politik durch ein entsprechendes Regierungsdekret, von einer Umsetzung ganz zu schweigen. Woran liegt das Problem?

Wir veröffentlichen den folgenden Artikel aus Anlass des Welt-Aids-Tags am 1. Dezember. Als Grundlage dazu diente ein Text aus *Inforpress Centroamericana* Nr. 1632.

In Guatemala wurde bereits im Jahr 2000 ein Gesetz angenommen, das AIDS-infizierten Personen ihre Grundrechte sowie den Zugang zu medizinischer Versorgung, inklusive der Behandlung mit anti-retroviralen Medikamenten garantiert. In Guatemala sind schätzungsweise rund 78'000 Personen HIV-positiv, doch nicht einmal 30 Prozent der nach Angaben von *Ärzte ohne Grenzen* rund 13'000 Personen, die dringend eine lebensverlängernde antiretrovirale Behandlung benötigen, erhalten diese auch.

### Die Vorwürfe

Im Moment finden in Guatemala Gespräche zwischen Nicht-Regierungs-Gesundheitsorganisationen, namentlich der *Ärzte ohne Grenzen* (MSF für ihre original-französischen Initialen) und der Regierung, über eine mögliche Übergabe der HIV/Aids-Programme an die Gesundheitsbehörden für das Jahr 2007 statt. Doch leider scheint die dringend benötigte Dezentralisierung des staatlichen Aids-Programms noch in weiter Ferne. Ende September fand ein nationaler HIV/Aids-Kongress statt, auf dem die Regierung stark kritisiert wurde und seitens von MSF klare Forderungen gestellt wurden.

Die Gesundheitsorganisation, die seit fünf Jahren so genannte integrale HIV-Aids-Behandlungen in Guatemala anbietet, ist nämlich davon überzeugt, dass der Zugang zu anti-retroviralen Medikamenten für alle möglich ist, sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind und der politische Wille dazu vorhanden ist.

So fordert sie z. B. die Regierung auf, ambitioniertere Ziele zu stecken was die Anzahl behandelter Personen betrifft. Mit den 41 Mio. US-\$ aus dem Welt-Aids-Fonds will die Regierung 5'000 Personen während fünf Jahren behandeln können. Gemäss MSF gelingt es anderen Ländern, mit der selben Summe Geld und über die selbe Zeitdauer, 15'000 Personen zu behandeln. Die höher gesteckten Ziele könnten aber nur erreicht werden, wenn sie von einer entsprechenden Budgetpolitik begleitet würden. Dies heisst unter anderem: Immer genügend Medikamente in Reserve zu haben und diese zu günstigen Preisen einzukaufen. Eine dringend notwendige Massnahme ist gemäss MSF die Umsetzung des Nationalen Strategie-Plans zur Bekämpfung von HIV-Aids, der eine Dezentralisierung und Vereinfachung der Behandlung vorsieht. Momentan werden staatlicherseits retrovirale Behandlungen nur in zwei Vergabezentren angeboten, das Ziel sollen gemäss MSF mindestens

zehn, regional verteilte Anlaufstellen für Betroffene sein. Dazu könnten bereits existierende regionale und lokale Strukturen genutzt werden, z. B. Orte und Strukturen, über die auch Tuberkulosebehandlungen durchgeführt werden. Eine Dezentralisierung müsse ferner in dem Sinne geschehen, dass nicht auf HIV-Aids spezialisierte ÄrztInnen die notwendigen Instruktionen erhalten, um eine Fortsetzung der Behandlung durchzuführen. *Ärzte ohne Grenzen* hat bereits erfolgreich solch Dezentralisierungsprozesse durchgeführt und nebst einer Klinik in der Hauptstadt auch in Coatepeque und in Puerto Barrios Zentren eröffnet, in denen HIV-positive Menschen fachliche Beratung und Behandlung finden.

Neben den erwähnten 41 Mio. US-\$ aus dem Welt-Aids-Fonds, gibt es in Guatemala das Nationale Aids-Programm mit einem jährlichen Budget von rund 13 Mio. Quetzales (ca. 1,62 Mio US-\$) sowie einzelne Nichtregierungsorganisationen, die in der HIV-Aids-Prävention und -Behandlung tätig sind. Ein zentrales Problem sieht MSF darin, dass, wenn die Welt-Aids-Fonds-Gelder nicht durch eine ähnlich grosse Investition seitens des Staates sekundiert werden, nie adäquat auf die Epidemie reagiert werden kann.

Über die Anzahl der Menschen, die täglich an Aids sterben, gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Die einen sprechen von landesweit sieben, die Organisation *Gente Nueva* spricht davon, dass es in einem einzigen Krankenhaus in der Hauptstadt wöchentlich vier bis fünf Personen an Komplikationen im Zusammenhang mit Aids sterben. Ein Grund für die unterschiedlichen Angaben sei, dass vor allem in ländlichen und indigenen Regionen, wo der Zugang zu einem Aidsstest viel komplizierter ist, die Registrierung von infizierten Personen mangelhaft und die Stigmatisierung und Diskriminierung HIV-positiver oder aidskranker Menschen dort viel stärker sei.

### Die Antwort der Regierung

Auf die Vorwürfe und Vorschläge von *Ärzte ohne Grenzen* antwortete Annie de Salazar, Direktorin des Nationalen Aids-Programms gegenüber *Inforpress Centroamericana*, dass es bloss 7'000 Personen seien, die eine Aidsbehandlung bräuchten. Dafür würden 5'000 mit anti-retroviralen Medikamenten behandelt. Zum Thema Dezen-

tralisierung meinte sie, das Gesundheitsministerium plane bis ins Jahr 2010 den Bau von acht regionalen Zentren. Bezüglich der geringen staatlichen Investition lobte sie einerseits das Engagement internationaler Organisationen und erinnerte gleichzeitig daran, dass kein Land der Welt einer Epidemie wie HIV/Aids mit eigenen staatlichen Mitteln beikomme. Deshalb gehöre es auch zu den Strategien des Staates, die Geldmittelbeschaffung zu intensivieren und zu verbessern. Ein Resultat davon seien die Beiträge des Welt-Aids-Fonds.

Diese Gelder werden über die Nichtregierungsorganisation *World Vision* kanalisiert, was laut KritikerInnen sehr langsam und nicht transparent vonstatten geht. Seit dem Moment, wo der Vertrag mit *World Vision* geschlossen wurde und die ersten Gelder flossen, bis zum Moment, wo die ersten Behandlungen durchgeführt werden konnten, seien 21 Monate vergangen – und rund 4'000 aidsranke Menschen gestorben, kritisierte Eduardo Arathoon, Arzt in einer

Aids-Klinik. Auch der Welt-Aids-Fonds selber äusserte sich besorgt über die Entwicklung des Fonds-Projekts in Guatemala. Zwar würden keine Beweise für Korruption bestehen, doch die Verzögerungen und Schwächen bei der Durchführung würden doch auf eine schlechte Administration hindeuten, erklärte Margarita Quevedo, beim Welt-Aids-Fonds verantwortlich für die Projekte in Lateinamerika und die Karibik.

### Neue Versprechen

Bei einem Mitte Oktober in San Salvador durchgeführten Treffen der zentralamerikanischen (Vize-)Präsidenten stellte die *Panamerikanische Gesundheitsorganisation* (OPS) ihren neuen Strategieplan zur Bekämpfung von HIV/Aids vor. Bis zum Jahr 2010 soll die Zahl der Neuinfizierten um die Hälfte reduziert und bis 2015 die Fälle von Mutter-Kind-Übertragung verringert werden. Sowohl Unicef wie die OPS sind sich einig, dass Zentralamerika politische und kulturelle Anstrengungen unternehmen

müsse, um effiziente Präventionsmassnahmen einzuführen. In Ländern wie Guatemala, Belice, Honduras, Panama, Jamaika, Barbados und der Dominikanischen Republik ist mehr als 1% der Bevölkerung mit dem HI-Virus infiziert (zum Vergleich: In den westeuropäischen Ländern schwanken die Zahlen zwischen 0,5 Promille in Deutschland und 3,3 Promille in Spanien).

In der Schlussdeklaration der Konferenz verpflichteten sich die Präsidenten (auch der guatemalteckische) die entsprechenden legalen, aufklärenden und informativen Mittel zu ergreifen, um der Verbreitung von HIV/Aids vorzubeugen und mit ihren Kampagnen auch die sogenannten Risikogruppen konkret anzusprechen. Anerkannt wurde, dass immer mehr Kinder mit dem Aids-Virus infiziert werden. Weiter wurde versprochen, höhere Budgets für die Aids-Bekämpfung freizustellen und Lobbyarbeit bei den Pharmaunternehmen zu leisten, um eine Verbilligung der Medikamente zu erreichen.

## Migrantinnen und Aids

**New York, 20. Okt.** Eine Studie der *Hispanischen Vereinigung* mit Sitz in New York kam zu dem Schluss, dass die Anzahl HIV-Aids-infizierter lateinamerikanischer Frauen in den USA besorgniserregend hoch ist. Die Studie mit dem Titel „Die Vergessenen“ zeigt auf, dass seit 1990 die Anzahl infizierter *Latinas* um 15% gestiegen ist und sie rund 23% aller Infizierten ausmachen. Trotz medizinischen Fortschritten und Aufklärungskampagnen konnte bei den *Latinas* das Infektionsrisiko nicht gesenkt werden, wie das z. B. bei den Homosexuellen der Fall war.

40 von 100'000 Männern lateinamerikanischer Herkunft, die in den USA leben, sind HIV-Träger, im Gegensatz zu 12,8 von 100'000 Männern angelsächsischer Herkunft. Bei den Frauen erhöht sich das Verhältnis: 12,4 von 100'000 *Latinas* im Vergleich zu 2 Angelsächsinen von 100'000.

Gründe dafür gibt es zahlreiche: Die meisten staatlichen Programme klammern die Zielgruppe „lateinamerikanische Frauen“ aus, der US-amerikanische Kongress kürzte sein Staatsbudget für an Minderheiten gerichtete Aids-Aufklärungsarbeit im Jahr 2006. Das Sprachproblem verhindert zusätzlich, dass die medizinischen Instruktionen oder Aufklärungskampagnen gelesen bzw. verstanden werden.

Die *Hispanische Vereinigung* will diesem Problem begegnen, indem sie ein stärkeres Gewicht auf die Zusammenarbeit mit bestehenden Gemeindestrukturen

und MigrantInnenorganisationen legt.

Ein weiteres Problem liegt im machistisch geprägten Geschlechterverhältnis lateinamerikanischer Paare. Wenn die Frauen „safer sex“ praktizieren wollen, würden ihre Männer oft an ihrer Treue zweifeln, erklärt Liliana Rodríguez-López von der *Hispanischen*

*Vereinigung*. Die Hälfte der lateinamerikanischen Migrantinnen in den USA sind minderjährig, ihre Partner oft um einiges älter als sie, was in der hispanischen Macho-Kultur Abhängigkeit und entsprechend mangelndes Vertrauen bedeutet, um miteinander über Sexualität und Verhütung zu sprechen, wie Rodríguez-López erklärt.

## UNO-HIV/Aids-Kampagne zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen

**Guatemala, 26. Okt.** Das UN-HIV/Aids-Programm (ONUSIDA) und Unicef betreiben eine Kampagne, um die internationale Gemeinschaft, inklusive Autoritäten und Bevölkerungen hinsichtlich der Auswirkungen von HIV/Aids bei infizierten Mädchen und Jungen zu sensibilisieren, die mehrheitlich Waisenkinder sind. Gemäss einer Pressemitteilung von Unicef erhalten weltweit nur 5% der betroffenen Kinder eine angemessene medikamentöse Behandlung, währenddessen sich mützlich fünf kleine und jugendliche Jungen und Mädchen am HI-Virus anstecken.

„Aufgrund der Krankheitsfolgen haben Millionen von Kindern ihre Eltern und Geschwister verloren, sind aus der Schule geworfen, aus Gesundheitsprogrammen ausgeschlossen worden und verfügen noch nicht einmal über grundlegenden Schutz“, so Ann Veneman,

Direktorin von Unicef.

Laut Studienzahlen von UNUSIDA sterben jährlich eine halbe Million Mädchen und Jungen unter 15 Jahren, da sie sich während der Schwangerschaft bzw. Geburt mit dem HI-Virus angesteckt haben. Daten von Unicef besagen, dass weltweit etwa 15 Mio. Kinder und Jugendliche mit HIV/Aids infiziert sind.

Die Kampagne beinhaltet zudem die Infektionsprävention von Heranwachsenden im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. In dieser Bevölkerungsgruppe sind die meisten Neu-Infektionen zu verzeichnen, ohne dass die Staaten Informationspolitik betreiben und die notwendigen Dienste stellen, um das Wissen über Schutzmöglichkeiten zu verbreiten. 560'000 lateinamerikanische Personen in dieser Altersgruppe sind als HIV/Aids-positiv registriert und erhalten keine Behandlung.

## Gewalt bei Fincaräumung in Jalapa

**Guatemala 11. Nov.** Ein toter *Campesino*, vierzehn Verletzte – darunter 4 Polizisten – und 47 Verhaftete ist der Saldo bei der Räumung einer von 128 Familien besetzten Finca in Jalapa. Die Familien aus der Gemeinde El Terreno hielten seit über einem Monat die Finca Gertrudis besetzt.

Gemäss Angaben der Polizei gingen der Räumung vier Stunden erfolgloser Verhandlungen zwischen den besetzenden BäuerInnen und VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH) voraus, bis schliesslich der Friedensrichter den Befehl an 310 Polizisten und 50 „verstärkende“ Soldaten gab, die Finca zu räumen. Die BesetzerInnen wehrten sich mit Steinen, Stöcken, Flaschen, Macheten und Schusswaffen. Die BäuerInnen selber bestreiten den Besitz von Waffen und beschuldigen die Sicherheitskräfte des Fincabesitzers, das Feuer gegen sie eröffnet zu haben.

Die Landpastorale von Jalapa verurteilte die Gewaltanwendung und den Einsatz von Tränengas gegen die Besetzenden, unter denen es Kinder und alte Menschen gab. Nebst Polizei und Militär hätten auch sog. *Pistoleros*, bewaffnete Sicherheitskräfte des

Grossgrundbesitzers der Region, an der Räumung teilgenommen, wie ein Vertreter der Landpastorale sagte. Die wenigen Besitztümer der BäuerInnen, wie Kleider, Nahrungsmittel, Kochutensilien, Betten und Fahrräder, seien verbrannt worden, was einem Verbrechen gleichkomme, da jede Person das Recht habe, bei einer Räumung ihr Eigentum zu retten. Die Landpastorale will eine entsprechende Klage einreichen und eine Entschädigung für die BäuerInnen einfordern.

Im Vorfeld der Räumung gab es einen Dialogprozess, nicht eingehaltene Versprechen und eine nicht ganz durchsichtige Intervention von Präsident Berger. Der ganzen Geschichte zugrunde liegt ein juristischer Disput um das Land. Die BäuerInnen weisen einen Landtitel aus dem 19. Jahrhundert vor, der sie als Besitzende ausweist, der *Finquero* hat einen Landtitel jüngeren Datums - ein weit verbreitetes Problem in Guatemala, das irgendwie, aber sicher nicht mit Gewalt gelöst werden muss.

Dass nach der Räumung der Finca Nueva Linda im August 2004, bei der 14 Personen ums Leben kamen, und der Ermordung von fünf Bauern

durch den Besitzer der Finca El Corozo im Februar 2005, ein Landstreit erneut ein Todesopfer forderte, ist ein klares Zeichen für das Scheitern der Regierungspolitik in Sachen Konfliktlösung. Im Verlauf der Regierungszeit von Präsident Berger haben sich die gewaltsamen Fincaräumungen verdreifacht und die Agrarpolitik eine unternehmerische und die GrossgrundbesitzerInnen begünstigende Richtung eingeschlagen.

Bis zum Redaktionsschluss befanden sich noch immer 45 Bauern der Finca Gertrudis in Haft, von denen gemäss eigenen Angaben 25 bloss „Zuschauer“ bei der Räumung waren. In Sechsergruppen wurden sie dem Friedensrichter vorgeführt und wegen „gravierender Invasion“ verurteilt. Im aus allen Nähten platzenden Gefängnis von El Progreso teilen sie die Zellen mit Schwerstverbrechern.

Unklarheit herrscht unterdessen über die Anzahl verhafteter Frauen. Während das Menschenrechtsprokurat verneint, dass es unter den Verhafteten Frauen gibt, sprechen andere Quellen von fünf, die ohne Kleider und unter Misshandlung festgehalten werden.

## Gemeinden ohne Polizeischutz

**Guatemala, 19. Nov.** Die Schliessung von Kommissariaten der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) in zahlreichen Munizipien des Landes ist eine Massnahme, die das Menschenrechtsprokurat (PDH) nicht mittragen könne, so dessen Leiter Sergio Morales Alvarado.

Laut Angaben der Polizeikräfte sind mindestens acht Gemeinden der Departements Totonicapán, Huehuetenango, Sololá, Chimaltenango und Guatemala ohne Polizeipräsenz. Dort wurden die Wachen geschlossen, da die Bevölkerung ihre Anwesenheit nicht mehr duldet.

Erwin Sperisen, Direktor der PNC, erarbeitet derzeit einen Vorschlag zur Vorlage beim Präsidenten Oscar Berger und Innenminister Carlos Vielmann, in denen der definitive Rückzug der Polizei aus diesen Zonen analysiert wird. Gemäss dem Chef der öffentlichen Sicherheitskräfte des Landes, entbehre die Polizei der notwendigen finanziellen Ressourcen, um Wachen und Fahrzeuge instand zu halten, die von der Bevölkerung beschädigt würden. Ausserdem könne man

nicht die physische Integrität der AgentInnen aufs Spiel setzen, so Sperisen.

Dass just diejenige staatliche Institution, die laut Verfassung zum Schutz der Bevölkerung da ist und für diese Aufgabe ausgebildet und ausgerüstet sein sollte, Angst vor eben ihren Schützlingen haben soll und deswegen die Ausführung ihres Auftrages verweigert, lässt doch zu denken übrig.

Für den Menschenrechtsprokurator ist denn auch die ablehnende Haltung der lokalen Bevölkerung gegenüber der Polizei verständlich. Diese wollten einfach nicht länger „korrupte Polizisten“ in ihren Gemeinden haben. An der Institution der Sicherheitskräfte läge es nun, gegen die besagten AgentInnen zu ermitteln, um festzustellen, ob sie tatsächlich in Ungereimtheiten verwickelt sind.

Es lägen, so Morales, viele Klagen vor, in denen die AnwohnerInnen PolizistInnen beschuldigen, an Erpressungen, Entführungen und Morden beteiligt zu sein.

Der jüngste Fall ist der Tod eines

vierjährigen Mädchens Anfang November, das bei einer illegalen Hausdurchsuchung durch eine Gruppe von Polizisten in Palencia, Guatemala, von einer Kugel tödlich getroffen worden war. Die Polizisten hätten, so sagt die Mutter des Mädchens aus, bereits im Vorfeld zwei ihre Söhne illegal verhaftet gehabt und für die Freilassung je 1'000 Quetzales gefordert. Am besagten Abend wurden drei andere ihrer Söhne und ein Neffe von der Polizei beschuldigt, auf einer Party geschossen zu haben. Ohne Durchsuchungsbefehl stürmte die Polizeigruppe das Haus der Familie und schoss wahllos um sich.

Immerhin sind in diesem Fall bereits ein Unterkommissar und drei Agenten festgenommen, 21 mutmasslich involvierte Agenten jedoch noch auf freiem Fuss.

Ähnlich wie die Polizeiwachen, seien derweil auch einige Friedensgerichte geschlossen worden. Auch hier habe sich die Bevölkerung organisiert und das Leben der Justizangestellten in Gefahr gebracht, so die offizielle Erklärung.

## Aufgewühlte Wasser nach dem Sturm

**Guatemala, 19. Nov.** Rund 50 Tage nach dem Hurrikan *Stan* sind die vom Unwetter betroffenen Departements zu einem grossen Teil ihrem eigenen Schicksal überlassen. Die bedeutendste und effizienteste Hilfe ist über die internationale Zusammenarbeit und die *remesas* der hauptsächlich in den USA lebenden ausgewanderten GuatemaltekenInnen geflossen. Die täglichen (privaten) Geldüberweisungen aus dem Ausland waren im letzten Monat rund 30% höher als zur gleichen Zeit vor einem Jahr. Zwar konnte kurzfristig das Allerschlimmste schnell und unbürokratisch aufgefangen werden, doch wurde ein grosser Teil dieser Gelder von der Spekulation sowohl im Lebensmittel- wie auch im Immobiliensektor verschluckt. Das längerfristige Überleben und die Möglichkeit, sich auf einem Stück Land, das nicht in einem Risikogebiet liegt, eine neue Existenz aufzubauen, ist für viele Menschen unerschwinglich geworden. In Santiago Atitlán zum Beispiel kostet eine *cuerda* Land (21m<sup>2</sup>) rund 50'000 Quetzales, d. h. mehr als doppelt so viel wie am Tag vor *Stan*.

Etwas Ähnliches wird aus Patulul, Suchitepéquez, im Südwesten des Landes berichtet. Die Behörden wollten obdachlos gewordene Familien in dieser Region wiederansiedeln, doch die Preise für eine *caballería* Land (45 ha) sind ins Unermessliche, sprich auf eine Million Quetzales, angestiegen. Damit wurde ein „sicherer Wiederaufbau“ unmöglich und es bleibt nur, die Häuser und Arbeitsplätze an den alten, unsicheren und durch *Stan* zerstörten Orten wieder aufzubauen.

Die internationale Unterstützung wird zwar als schnell und effizient gelobt, doch wurde verschiedentlich die Qualität der vom Welternährungsprogramm verteilten Lebensmittel kritisiert. Die gelieferten Nahrungsmittel seien für den guatemaltekenischen Speisezettel entweder ungewohnt gewesen oder das gelieferte Getreide war so alt, dass es zuviel Energie (Gas oder Holz) brauchte, um gar gekocht zu werden.

In Tacaná, San Marcos, eine der am stärksten vom *Stan* betroffenen Regionen, machte die lokale Organisation der *Allianz für die jugendliche Gemeindeentwicklung* (ADEJUC) eine eigene Erfahrung. ADEJUC wird vornehmlich von der US-amerikanischen *Organisation Save the Children* finanziell unterstützt. Diese sollte nun als Kanalisiererin für den vom Welternährungsprogramm zur Spendendisposition gestellten Mais für Tacaná dienen. Doch ADEHUC war zu Ohren gekommen, dass der Mais aus den

USA stamme und somit mit ziemlicher Sicherheit genetisch verändert sei. ADEHUC wehrte sich - erfolgreich. Nach heissen Diskussionen mit der nationalen Zentrale von *Save the Children* erhielten sie anstelle des Mais Bargeld, um nationalen, nicht-manipulierten Mais zu kaufen.

Die Regierung versuchte die Konjunktur zu nutzen, um von den USA einen temporären Sonder-Aufenthaltsstatus für guatemaltekenische MigrantInnen zu erreichen, doch der diplomatische Schachzug gelang trotz persönlichen Kontakten zwischen Berger und Bush anlässlich des Präsidententreffens in Mar del Plata, Argentinien, nicht.

Auch andere internationale Entgegenkommen, wie z. B. ein Schuldenerlass, wurden abgelehnt und es ist nun eine der grossen Herausforderungen für das nächste Finanzjahr, nebst den Geldern für die „gewöhnlichen“ Investitionen und den Wiederaufbau, zusätzliche Gelder für die Schuldenrückzahlungen einzunehmen.

Um die allgemeine Krise herunterzuspielen, schwärmt die Regierung von einer dank Freihandelsabkommen bevorstehenden Erhöhung des Exports und einer Zunahme des Tourismus. Doch in den Provinzen wird vielen Menschen nichts als die Migration übrig bleiben, um etwas zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen. Fachleute haben die Wirtschaftswachstumsrate für das kommende Jahr nach unten angepasst: von 3,3% auf 2,7%.

Das Schlimmste steht aber erst bevor. Das Welternährungsprogramm prognostiziert „eine ernsthafte Hungerkrise für die Weihnachtszeit“, von der rund 285'000 Personen betroffen sein könnten. Es handelt sich dabei vorwiegend um Indígenas aus dem westlichen Hochland, die eh schon unter chronischer Mangel- oder Unterernährung leiden und deren Subsistenz-Landwirtschaft durch den Hurrikan zerstört wurde. Um die Nahrungssicherheit zu garantieren, braucht es laut Fachleuten rund 14 Mio. US-\$.

Präsident Berger hat den Notstand genutzt, um administrative Erleichterungen für die öffentlichen Ausgaben in Sachen Nothilfe durchzusetzen. Per Regierungsdekret hat er vorsorglich das, vom Kongress noch nicht definitiv beschlossene, Wettbewerbsgesetz ausser Kraft gesetzt, so dass Aufträge ohne eine öffentliche Ausschreibung vergeben werden können. Noch sind die Auswirkungen dieser Massnahme nicht ganz klar, dafür wurden verschiedentlich Zweifel über deren Legalität geäussert.

Ganz ähnlich sieht es beim Wiederaufbau aus. Noch bevor konkrete Projekte oder Programme für den Wiederaufbau vorliegen, präsentierte der Präsident dem Kongress eine Gesetzesinitiative, gemäss der Wiederaufbauprojekte bis zu 2,5 Milliarden Quetzales nicht öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Die speziell für den Wiederaufbau geschaffenen Fonds sollen vom Finanzministerium – soweit logisch – und dem *Sekretariat für soziale Werke der Präsidentengattin* (SOSEP), eine Instanz die eigentlich keine exekutive Kompetenz hat, verwaltet werden.

Die Regierung sieht derzeit vor, 193 „Häuser“, gemäss der Anzahl der bedürftigen Familien, zu bauen. Die Konstruktionsweise ist simpel: drei mal drei Meter, die Wände aus Zuckersackstoff mit Nägeln an einen hölzernen Unterbau befestigt, der ein Wellblechdach trägt. In jedem dieser Häuser soll es zwei Betten geben, die von bis zu 12 Familienmitgliedern geteilt werden. Jeder Gruppe von ca. 30 Häusern stehen eine Küche, eine Waschstelle, eine Wasserquelle und eine Kollektivtoilette zur Verfügung. In diesen Unterkünften sollen die Betroffenen etwa ein Jahr lang leben, sollten sie bis dahin keinen „würdigen“ Platz für ein neues Zuhause gefunden haben, sollten sie in diesen Konstruktionen weiterleben. Für die nächsten Monate werden derweil Kälte und Wind erwartet und die nächste Regenzeit kommt im Mai.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)

## Wiederwahl der Kongresspräsidentschaft gekauft

**Guatemala 15. Nov.** Die Wiederwahl von Jorge Méndez Herbruger von der *Grossen Nationalen Allianz* (GANA) als Kongresspräsident löste zahlreiche Tumulte aus. War ein solcher Akt lange Zeit verfassungswidrig und der Posten bloss ein Jahr lang von derselben Person besetzbar, führte Ex-General Efraín Ríos Montt die Gesetzesänderung während seiner Kongresspräsidentschaft ein und hatte das Amt die gesamte Legislaturperiode von Ex-Präsident Alfonso Portillo inne.

Der Tumult wurde denn auch weniger durch Tatsache an sich ausgelöst – die Aussicht auf den Vorsitz durch den Gegenkandidaten und Fraktionschef der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), Arístedes Crespo, wurde von den Medien bei Bekanntwerden gleich als völlig unpopulär abgewertet – sondern vielmehr durch die zahlreichen Gerüchte und Unsauberkeiten des Prozesses der Wiederwahl, die direkt auf Méndez Herbruger zurückfallen. Zum einen soll er bereits im Vorfeld regelwidrige Verträge aufgesetzt haben, das Gehalt von Sekretärinnen um bis zu 280% erhöht und Leute für Jobs im Kongress angestellt haben, die nicht einmal die minimalsten Anforderungen für diese Aufgaben erfüllten. So arbeiten GrundschullehrerInnen als AssistentInnen angeblich für ein Jahresgehalt von 204'000 Quetzales (27'000 US-\$), jemand mit blosssem Abiturabschluss als leitender Sekretär des Kongresspräsidenten für 264'000 Quetzales im Jahr und ein Zahnarzt fungiert als Beamter im unteren Dienst. All dies Gefälligkeiten von Seiten des Kongresspräsidenten.

Dass Präsident Oscar Berger nun die Presse angreift und dieser aufgrund der (belegten) Enthüllungen vorwirft, einen gezielten Angriff auf Méndez Herbruger gestartet zu haben, um dessen Wiederwahl zu verhindern, wird von den Medien und speziell der *JournalistInnenvereinigung Guatemalas* (APG) scharf verurteilt.

Der Kolumnist Haroldo Shetemul kommentiert in der Tageszeitung *Prensa Libre* wie folgt: „Die Wiederwahl von Jorge Méndez Herbruger als Kongresspräsident und die cholerische Haltung von Präsident Oscar Berger düngt das schlechte Image, das die politische Klasse im Land ohnehin bereits pflegt. Die Wiederwahl wird als Frucht dunkler Machenschaften und der Verschwendung von Staatsgeldern für Scheinarbeitsplätze betrachtet. Die offizielle Partei hat die gleichen Sünden begangen, die sie vorher kritisierte. Die Medien haben herausgefunden, wie Méndez eigene Abgeordnete mit Vergünstigungsreisen nach Spanien, zum Fussballspiel nach Trinidad und Tobago und anderswohin beglückte sowie überflüssiges

Personal anstellte, um bei einigen der Fraktionen einen guten Eindruck zu hinterlassen, die seine Wiederwahl schliesslich unterstützten. Zudem liess sich Méndez just die Stimme von zahlreichen Abgeordneten geben, die in vorherige Korruptionsfälle verwickelt sind.“

Die unabhängige Abgeordnete Anabella de León berichtet selbst, dass Méndez, als er sie um Unterstützung bat, ihr „von allem“ anbot: BeraterInnen, mehr Büroraum, Reisen und mehr Angestellte. Der Wiedergewählte streitet indes den Stimm- und Sympathienkauf ab.

Unterdessen hat sich die Konfrontation im Kongress selbst zugespitzt. Nachdem die sich als offiziell zusammengefundene *Oppositionsfront*, bestehend aus den Parteien *Nationale Einheit der Hoffnung*, UNE, *Patriotische Partei*, PP, *Allianz Neue Nation* ANN, *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*, URNG, sowie die FRG, ankün-

digte, ihre eigene Legislativagenda zu präsentieren, sollte Méndez nicht zurücktreten, womit die Exekutive Probleme für die Verabschiedung von Initiativen ihres Interesses, wie dem Staatshaushalt 2006 und notwendigen Dekreten für den Wiederaufbau des Landes haben werde, reichte die PP inzwischen eine Verfassungsklage wegen des Wahlablaufs des Kongresspräsidenten ein.

Auch wenn Kolumnisten wie Héctor Rosada vor der Gefahr warnten, ein verfrühtes Vorwahlklima zu schaffen – was aber seit den vermeintlichen Hilfseinsätzen nach dem Hurrikan Stan längst gegeben ist – spiegeln die derzeitigen Vorgänge im Kongress deutlich politische Anpassungs- und Versöhnungszüge wider, die sich möglicherweise zu stabileren Allianzen entwickeln und sich als vermeintlich neue Optionen für die WählerInnen Ende übernächsten Jahres (2007) präsentieren werden.

## Start des Plan Guatemala?

**Guatemala, 18. Nov.** Offenbar, so Gustavo Berganza in einem Artikel in der Tageszeitung *el Periódico*, ist der in den zivilen und militärischen Sicherheitskräften herrschende Korruptionsgrad inzwischen derart hoch, dass die Regierung der *Grossen Nationalen Allianz* (GANA) keine Schwierigkeiten damit hat, zur Seite zu treten und die USA im Kampf gegen den Drogenhandel die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Die Festnahme des Direktors des *Antidrogen-Analyse- und Informationsdienstes* (SAIA), Adán Castillo, der noch kurz vorher die Regierung wegen mangelnder Unterstützung seiner Institution ankreidete und meldete, Morddrohungen zu erhalten, sowie zweier seiner Stellvertreter, zusammen mit einer Reihe von Aussagen und Ereignissen während dieses Jahres, legen nahe, dass der lokale Plan des US-amerikanischen Antidrogenkampfes unter dem Namen „Plan Colombia“ bereits in Gang gesetzt wurde:

Die drei hochrangigen Polizisten waren von der US-amerikanischen Antidrogenabteilung DEA seit sechs Monaten beobachtet worden und nun auf einen vermeintlichen Spezialisierungskurs nach Virginia, USA, eingeladen worden, wo sie in die Falle gingen.

Mitte Juni hatte der Innenminister selbst den Wunsch geäussert, dass die US-Regierung eine strategische Variante des kolumbianischen Feldzugs in Guatemala einsetze, sei doch die Hilfe und Beratung unzureichend, um den *Narcos* Paroli zu bieten. Präsident Oscar Berger sekundierte drei Tage später: „Der Drogenverkehr verursacht den Niedergang der Sicherheit und schafft ein Phänomen

der Kolumbianisierung in diesem Land.“

Parallel dazu warnte bereits im Juli die Innere Sicherheitsabteilung der USA die Polizei in Texas über die Möglichkeit, dass ehemalige guatemaltekeische Kaibil-Soldaten, die speziell zum Morden ausgebildet sind, die Gruppe Zeta, den paramilitärischen Arm des Drogenkartells Matamoros, trainieren.

Am 15. September gab das Weisse Haus eine Erklärung ab, in der US-Präsident Bush Guatemala in die Liste der 20 Länder einreicht, die seine Regierung als Schlüsselpunkte für den Transit und/oder die Produktion von illegalen Drogen betrachtet. Auch wenn die Deklaration allein Burma und Venezuela verurteilt, zeigt die Einschliessung Guatemalas in die verdächtige Gruppe doch, welchen Stellenwert Guatemala für die USA innehat.

Etwas zeitgleich zu der Festnahme der drei Polizei-Drogenspezialisten enthielt die lokale Presse in Guatemala die vermeintliche Verbindung von Ex-Verteidigungsminister Carlos Aldana, der kürzlich aufgrund der verweigerten Sicherheitsgewährung der Gefängnisse entlassen wurde, mit dem Drogenhandel. Dieser Stein bringt gleich weitere ins Rollen und involviert zudem den Ex-Privatskretär von Ex-Präsident Alfonso Portillo, Julio Girón sowie Mario Mendoza, mutmasslicher *Narco*. Diese wollten die Umgestaltung der Landebahn einer Militärbrigade sponsern, die höchstwahrscheinlich für Aktivitäten der Drogenkartelle genutzt werden würde. Informationen des Geheimdienstes „beweisen Geschäfte zwischen dem Militär Guatemalas, einem Drogenhändler und Girón“, ist in *el Periódico* zu lesen.

## Zunahme der Arbeitsrechtsverletzungen in den Maquilas

**Guatemala, 2. Nov.** Gemäss Informationen des Koordinierungsbüros der Maquila-Industrie (*Instancia Coordinadora de la Maquila*) erhöhte sich im Laufe des Jahres 2005 die Zahl der Arbeitsrechtsverletzungen in den guatemaltekischen Billiglohnunternehmen.

Diverse Fabriken seien widerrechtlich geschlossen worden. Die für die Überwachung der Arbeitsrechte zuständige Behörde der Regierung habe nicht dafür gesorgt, dass die Inhaber dieser Unternehmen bestraft werden.

Rosa Escobar, Vertreterin der *Instancia*, berichtete auf einer Pressekonferenz über die arbeitsrechtliche Praxis in der Maquila-Industrie, insbesondere über die Bedingungen in der Textil- und Bekleidungsbranche. Den Angestellten würde rechtswidrig gekündigt bzw. würden sie zur Kündigung gezwungen, ohne dass ihnen die entsprechenden Entschädigungen ausbezahlt würden. Oder es würden einmal unbegründete, zeitlich befristete Arbeitsunterbechungen angeordnet, um danach die Angestellten zu Überstunden zu zwingen, da die Lieferfristen in der Bekleidungsindustrie sehr kurz sein müssen.

Nach den Erhebungen des Koordinierungsbüros haben allein in diesem Jahr circa 30 Fabriken geschlossen. Davon seien rund 5'000 ArbeitnehmerInnen

betroffen. Ferner hätten sechs Unternehmen ihre Betriebe geschlossen, unter neuem Namen wieder eröffnet und die Beschäftigten unter Androhung von Zahlungsverweigerung oder Kündigung zur Übernahme der neuen Arbeitsverträge gezwungen.

Nach den Schilderungen von Rosa Escobar gewährt das guatemaltekische Gesetz den Fabriken zehn Jahre Steuerfreiheit. Kurz bevor diese Frist ausläuft, würden die Firmen häufig geschlossen und die ArbeiterInnen oftmals ohne Bezahlung zurückgelassen. Entweder verliessen die Firmeninhaber das Land und entzögen sich jeglicher Verantwortung gegenüber den ehemaligen Angestellten oder die Firma wird eben unter neuen Namen und Firmenzweck ins Handelsregister erneut eingetragen. Dadurch beginne die 10-jährige Frist der Steuerbefreiung von neuem.

Gladys Marroquin, ebenfalls von der *Instancia*, fordert vom guatemaltekischen Staat die Durchsetzung der (an und für sich nicht schlechten) Gesetze in Sachen Arbeitsrecht. Dazu gehört ein Verbot gesundheitsschädigender Arbeitsbedingungen, wie sie in vielen Maquilas nach wie vor anzutreffen sind. Marroquin fordert die Steuerbehörden auf, sofortige und effiziente Massnahmen gegen die Steuerflucht einzuleiten.

Vom Guatemaltekischen Sozialversicherungsinstitut (IGSS) verlangt sie, dafür zu sorgen, dass die Arbeitgeber ihre Angestellten versichern und die entsprechenden Prämien auch bezahlen.

Um die Einhaltung ihrer Arbeitsrechte kämpfen auch die guatemaltekischen Hausangestellten. Auf ihrem ersten Nationalen Kongress forderten die in der Organisation CENTRACAP zusammengeschlossenen Frauen die „Entstaubung“ der Initiative 32-34, mit der ihre Arbeitsrechte geregelt würden. Konkrete Forderungen sind ein Mindestlohn von 1'490 Quetzales (ca. 186 US-\$), den Achtstundentag sowie eine Stunde für die Mittagspause. Im Moment arbeiten viele Hausangestellte täglich bis zu 12 Stunden und bekommen dafür rund 300 Q im Landesinnern und zwischen 600 – 1'200 Quetzales in den Städten.

In Guatemala arbeiten rund 160'000 Frauen als Hausangestellte. Davon sind etwa 80% Indígenas, viele von ihnen minderjährig.

Das erste nationale Treffen der Hausangestellten hatte nicht nur zum Ziel, die Frauen über ihre Arbeitsrechte aufzuklären und zu lehren, wie frau einen Arbeitsvertrag aufsetzt, der all diese Rechte beinhaltet, sondern sollte auch zum Erfahrungs- und Strategieaustausch unter den Frauen dienen.

## Megaprojekte vom Kongress abgesegnet

**Guatemala, 18. Nov.** Mit Rückendeckung der Stimmen der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) und der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) erreichte der Offizielle Block dieser Tage die Billigung der Gesetze, die die Lizenzvergabe für den Bau der zwei, von der *Grossen Nationalen Allianz* (GANA) bereits im Wahlkampf angekündigten Megaprojekte autorisieren: die *Franja Transversal del Norte*, eine 362km-lange Strasse durch den Norden des Landes, vom Karibikort Modesto Méndez, Livingston, Izabal, bis zur Finca La Trinidad, Nentón, Huehuetenango, sowie die Umgehungsstrasse um die Hauptstadt, als „Anillo Metropolitano“ bekannt.

Beide Projekte sind nicht nur aufgrund ihrer Umwelt- und Sozialen Konsequenzen umstritten, sollen sie doch durch Gegenden gebaut werden, wo es, v. a. im Fall der *Franja*, die letzten Überreste von zusammenhängenden Wäldern und (indigene) Ansiedlungen gibt, die der Strasse weichen müssen, ein weiterer Haken ist die Lizenzvergabe des Baus an sich, also die Privatisierung nicht nur der Konstruktion, sondern

auch der Instandhaltung und Bewirtschaftung – einmal mehr auf (Maut-)Kosten der Bevölkerung.

Das Dekret der *Franja* beinhaltet denn auch, dass der Bau mittels einer internationalen Ausschreibung in private Hände vergeben werden soll. Das beauftragte Unternehmen ist für die Finanzierung selbst zuständig, der Staat wird durchschnittlich 20 Mio. US-\$ jährlich über maximal 30 Jahre zuzahlen.

Dieses *Anillos*-Dekret spezifiziert zwar nicht die genaue Lokalisierung, beinhaltet jedoch, dass die Strasse für max. 50 in private Hände gehen soll.

Die eilige Billigung des *Anillos* – noch vor jeglichem Projekt des nationalen Wiederaufbaus, birgt, so Jéssica Osorio in der Tageszeitung *La Hora*, einen polemischen Hintergrund. Zum einen handelt es sich dabei um das zeitliche Zusammentreffen der Gesetzesverabschiedung mit der Öffnung der gerichtlichen Anhörungen im Prozess gegen den Parteichef der FRG, Efraín Ríos Montt und einige seiner AnhängerInnen wegen der Vorfälle des sog. „Schwarzen Donnerstags“, einer Parteiveranstaltung der FRG zur Unterstüt-

zung der verfassungswidrigen Präsidentschaftskandidatur Ríos Montts 2003, bei dem ein Journalist ums Leben kam: Hier riecht es stark nach einem Handel mit der Straflosigkeit.

Auf der anderen Seite gehen mindestens fünf FRG-Abgeordnete als Millionäre vom Spielfeld der Megaprojekte. Nebenbei werden – wie bereits im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach Hurrikan Stan zu erwarten – grosse Bauunternehmen durch die Konzessionen begünstigt, und zwar mit Summen, die laut Abgeordneter, nicht quantifizierbar seien. Ausserdem könnten die Projekte nicht steuerlich geprüft werden, habe sich der Kongress durch die Privat-Konzessionen doch selbst entmündigt, notwendige Überprüfungen durchzuführen. Die zuständigen Autoritäten hüllen sich in Bezug auf die Verabschiedung des Konzessionsgesetzes in Schweigen, die für vergangenen Oktober angesetzt war.

Ganz nebenbei wandeln sich aber schon einmal die Begriffe: das Konzessionsgesetz wird inzwischen Public-Private-Partnership-Gesetz („ley de alianzas público privadas“) genannt.